



Brief aus Berlin

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

Liebe Leserinnen und Leser,

die zurückliegende Sitzungswoche in Berlin steht für Aufbruch und Neustart. Wir haben in der vergangenen Woche auch noch mal Bilanz gezogen. Gerade im Vergleich zu anderen Ländern, wie die USA, Großbritannien oder Brasilien, stehen wir sehr gut da, was die Infektionszahlen und die Corona-Toten angeht. Wir haben ein gutes Gesundheitssystem, wir haben schnell und konsequent gehandelt. Darauf bin ich auch ein Stück weit stolz.

In der letzten Sitzungswoche haben wir das Konjunkturprogramm schnell und unbürokratisch auf den Weg gebracht. Wir nehmen eine ganze Menge Geld in die Hand, wollen aber auch, dass die Schulden schnell getilgt werden. Das ist uns auch als Union sehr wichtig. Ein bedeutender Teil der Maßnahmen ist das Zukunftspaket. Unser Ziel ist, dass wir stärker aus der Krise herauskommen, als wir hineingekommen sind.

Herzliche Grüße und einen erholsamen Sommer wünscht Ihnen

Ihre Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB



Corona-Steuerhilfegesetz
Aus Verunsicherung zu Mut
und Zuversicht kommen > S. 2



9 Milliarden Euro
Wasserstoffstrategie
beschlossen > S. 5



Weisgerber besucht Schaeffler
CO₂-Einsparung und Technolo-
gien der Zukunft > S. 13

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Bundestag stimmt dem Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz zu „Aus Verunsicherung zu Mut und Zuversicht kommen“

In einer außerordentlichen Sitzung hat der Bundestag am Montag vergangener Woche das Zweite Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen. Ziel des Paketes ist es, die aufgrund der Corona-Pandemie geschwächte Kaufkraft zu stärken und Unternehmen zu unterstützen. Beschlossen wurde unter anderem eine Senkung der Mehrwertsteuer vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020.

Alexander Dobrindt gab zu Beginn des Plenums die Tonlage vor: „Wir müssen aus Verunsicherung zu Mut und Zuversicht kommen.“ Mit dem sogenannten Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz gebe es nicht nur eine Antwort auf die Krise, sondern auch auf bedeutende Zukunftsfragen: „Mit diesem Paket verbinden wir wirtschaftliches Wachstum und ökologische Innovation“, so der CSU-Landesgruppenchef. Die Folgen der Pandemie dürften nicht als Ausrede herhalten, im Bemühen um mehr Nachhaltigkeit nachzulassen. Das 130 Milliarden Euro schwere Paket richte sich an Steuerzahler, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zugleich. Und mit Blick auf die AfD betont Dobrindt: Die Union werde sich den Tendenzen der Rechtsaußen entgegenstellen, wenn sie weiterhin versuche, antieuropäische Ressentiments zu schüren.

Antje Tillmann, die als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Finanzen ganz eng in das Gesetzgebungsverfahren eingebunden war, erinnert bei dieser Gelegenheit noch einmal an die breite Wirkung, die sich die Unionsfraktion von dem Bündel an Maßnahmen verspricht. So komme die Senkung der Mehrwertsteuer allen zugute, da nicht nur die Verbraucher sie in ihren eigenen Portemonnaies spüren werden. Von enormer Bedeutung sei vor allem die Sicherung von Arbeitsplätzen und Unternehmen: „Jedes Auto, das jetzt gekauft wird, trägt zur Sicherung der Arbeitsplätze am Fließband und bei den Zulieferern bei.“ Darüber hinaus erinnerte Tillmann an die besonderen Leistungen, die zurzeit von Buchhaltern und Verkäufern erbracht werden: „Wir sind ihnen zu Dank verpflichtet, da sie in kürzester Zeit die Umstellung bewerkstelligen müssen.“



→ Einen Überblick über alle Maßnahmen des Konjunkturpaketes finden Sie in meinem aktuellen Info-Dienst: https://www.anja-weisgerber.de/fileadmin/newsletter/2020/2020-06-19_Infodienst_Konjunkturpaket.pdf



Bundestag stimmt Zweiten Nachtragshaushalt zu

Vitaminspritze für unser Land

Der Bundestag hat letzte Woche den zweiten Nachtragshaushalt beschlossen. Um die Folgen der Corona-Pandemie zu bekämpfen, erhöhen sich die Ausgaben des Bundes auf rund 509 Milliarden Euro. Trotz der enormen Summen warb Eckhardt Rehberg, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mit einem leidenschaftlichen Appell für diesen Schritt: „Auch in Zukunft halten wir Maß und Mitte. Die Neuverschuldung macht uns nicht glücklich, aber sie ist angesichts der Schwere des wirtschaftlichen Einbruchs unerlässlich“, so Rehberg. Es gelte, die Kaufkraft zu erhalten und die Sozialbeiträge zu stabilisieren. Bei der Gelegenheit erinnerte Rehberg an die Kaufentscheidungen eines jeden einzelnen: „Legen Sie auch mal das Mobiltelefon aus der Hand und kaufen bei ihren örtlichen Händlern ein. Damit leisten Sie einen wichtigen Beitrag, damit wir schneller aus der Krise herauskommen.“

→ Einen kurzen Rückblick auf die letzte Sitzungswoche gibt es im aktuellen Video von Anja Weisgerber:

<https://youtu.be/P8dKzfEaqso>



Der zweite Nachtragshaushalt 2020 dient vor allem der Finanzierung des „Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets“, ein breit aufgestelltes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Corona-Folgen und zur Stärkung der Binnennachfrage. Es umfasst unter anderem eine zusätzliche Bereitstellung von 5 Mrd. Euro im Sondervermögen zum Ausbau der Mobilinfrastruktur, eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel um 2,5 Mrd. Euro zur Unterstützung des öffentlichen Nachverkehrs in den Kommunen sowie eine Milliarde Euro für den Ausbau des Betreuungsangebotes in Kindertageseinrichtungen. Nicht zuletzt soll die Möglichkeit geschaffen werden, die EEG-Umlage durch Ausgleichsleistungen zurückzuführen, um den Stromverbraucher hier finanziell zu entlasten.

Ähnlich äußerte sich auch Andreas Jung. Der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprach von einer „Vitaminspritze für die Zukunft unseres Landes“. Mit der Wasserstoffstrategie, der verstärkten Digitalisierung und der Förderung der nachhaltigen Mobilität stelle das Parlament bedeutende Weichen. Dieses ambitionierte Programm sei aber mit der klaren Verpflichtung verbunden, dass die Schulden „in dieser Generation“ zurückgezahlt werden müssten. Diese Aufgabe sei allerdings nicht mit Steuererhöhungen zu erreichen, sondern vor allem durch Wirtschaftswachstum, so Jung.



Deutsche EU-Ratspräsidentschaft seit 1. Juli 2020

Klimaschutz in Europa voranbringen

Am 1. Juli hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Dazu erklärt die Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anja Weisgerber:

„Unsere Aufgabe während der deutschen Ratspräsidentschaft ist es, unsere Partner zu einer ambitionierteren Klimaschutzpolitik zu motivieren. Das schaffen wir nicht zuletzt dadurch, dass Deutschland beim Klimaschutz in Europa mit gutem Beispiel vorangeht. Mit dem Klimaschutzgesetz, dem flankierenden Maßnahmenbündel und der CO₂-Bepreisung setzen wir das umfassendste Klimapaket in der Geschichte Deutschlands um. Durch die Einführung eines Emissionshandels für Wärme und Verkehr gibt Deutschland als erstes europäisches Land dem Klimagas CO₂ in diesen Sektoren einen Preis.

Am europäischen Emissionshandel für Energie und Industrie sehen wir, wie effektiv dieses marktwirtschaftliche Instrument ist. So lässt sich der deutliche Rückgang der Kohleverstromung in Deutschland – um 31 Prozent bei der Steinkohle und 22 Prozent bei der Braunkohle – vor allem auf den ETS zurückführen. Unser nationales Klimaziel für 2020, 40 Prozent weniger CO₂ gegenüber 1990 auszustößen, werden wir – auch durch den Emissionshandel – erreichen.

Wir müssen auch auf der europäischen Ebene einen Emissionshandel für Wärme und Verkehr einführen. Allein mit Ordnungsrecht lassen sich die ambitionierten Klimaziele, die die EU mit dem Green Deal festschreiben wird, nicht erreichen. Deutschland steht zum Green Deal und zur Verschärfung des europäischen Klimaziels für 2030, nämlich einer Verminderung des CO₂-Ausstoßes von 40 auf 50 bis 55 Prozent im Vergleich zu 1990. Dies ist ein konsequenter Schritt

für mehr Klimaschutz in Europa. Wir müssen jedoch realistisch bleiben und auf Machbarkeit dringen. Die Ausweitung des Emissionshandels bietet hierfür beste Chancen. Denn mit ihm würden auch die Lasten innerhalb Europas fairer verteilt werden.

Bei der bestehenden Lastenverteilung würde die Verschärfung des europäischen Ziels für Deutschland eine erhebliche Mehrbelastung bedeuten. Aber auch die anderen EU-Staaten müssen zu Ambitionssteigerungen bereit sein. Deutschland ist bereits Vorreiter beim Klimaschutz, aber allein können wir das Klima nicht retten. Alle europäischen Partner müssen ihren Beitrag leisten und eine ehrgeizige Klimaschutzpolitik betreiben.“





9 Milliarden Euro für klimafreundliche Technologie

Wasserstoffstrategie beschlossen

Das Kabinett hat die erste Maßnahme des Konjunkturpakets beschlossen: Durch Milliarden-Zuschüsse und verbesserte Rahmenbedingungen soll Wasserstoff als klimafreundlicher Energieträger in Deutschland vorangebracht werden. Damit will die Bundesrepublik weltweit die Nummer 1 bei dieser Technologie werden. Ein neuer 25-köpfiger Nationaler Wasserstoffrat soll die Politik in Zukunft beraten. Die nun verabschiedete Strategie sieht neben den laufenden Förderprogrammen zusätzliche sieben Milliarden Euro dafür vor, dass sich Wasserstoff am Markt durchsetzt. Zwei Milliarden Euro stehen zudem für Konzepte mit internationalen Partnern insbesondere in Europa bereit.

Die Bundesregierung sieht bis 2030 einen Wasserstoffbedarf von ca. 90 bis 110 TWh. In einem ersten Schritt sollen in Deutschland bis 2030 Erzeugungsanlagen für Wasserstoff von bis zu fünf Gigawatt Gesamtleistung entstehen. Bis spätestens 2040 werden dann Elektrolyse-Kapazitäten von bis zu zehn Gigawatt aufgebaut – dies entspricht der Leistung von zehn Atomkraftwerksblöcken. Bei der neuen Wasserstofftechnologie fallen keine Schadstoffe an, wie es bei der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen der Fall ist. Vielmehr handelt es sich hier um eine nachhaltige Energiegewinnung: Aus Wasser wird der Energielieferant Wasserstoff herausgespalten, der nach Nutzung wieder zu Wasser rückgewandelt und dem Kreislauf wieder zugeführt wird.



Die Bundesregierung sieht bis 2030 einen Wasserstoffbedarf von ca. 90 bis 110 TWh. In einem ersten Schritt sollen in Deutschland bis 2030 Erzeugungsanlagen für Wasserstoff von bis zu fünf Gigawatt Gesamtleistung entstehen. Bis spätestens 2040 werden dann Elektrolyse-Kapazitäten von bis zu zehn Gigawatt aufgebaut – dies entspricht der Leistung von zehn Atomkraftwerksblöcken. Bei der neuen Wasserstofftechnologie fallen keine Schadstoffe an, wie es bei der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen der Fall ist. Vielmehr handelt es sich hier um eine nachhaltige Energiegewinnung: Aus Wasser wird der Energielieferant Wasserstoff herausgespalten, der nach Nutzung wieder zu Wasser rückgewandelt und dem Kreislauf wieder zugeführt wird.

Anja Weisgerber begrüßt das Vorhaben ausdrücklich: „Wasserstoff ist ein zentraler Baustein zum Gelingen der Energiewende. Die verabschiedete Nationale Wasserstoffstrategie zeigt auf, wie die Potenziale von Wasserstoff gehoben werden können. Das Gebot der Stunde lautet dabei Technologie- und Sektorenoffenheit, um alle Potenziale möglichst zügig und effizient zu heben. Die Dekarbonisierung muss im Mittelpunkt stehen. Im nächsten Schritt ist die vorgestellte Strategie nun zügig umzusetzen und mit der im Sommer erwarteten Europäischen Wasserstoffstrategie zu verzahnen.“

...

In der Stahl- oder Chemieproduktion sollen Brennstoffe wie Öl, Koks oder Gas perspektivisch durch Wasserstoff ersetzt werden, um auf diese Weise den Kohlendioxid-Ausstoß zu senken. Ähnliches gilt für den Schiffs-, Flug- und Schwerlastverkehr, der nur schwer elektrisch betrieben werden kann. Die Bundesregierung geht davon aus, dass sich in den nächsten zehn Jahren ein



globaler und europäischer Wasserstoffmarkt herausbilden wird. Auf diesem Markt wird neben sog. „grünem“ Wasserstoff auch CO₂-neutraler (z.B. „blauer“ oder „türkiser“) Wasserstoff gehandelt werden. Aufgrund der engen Einbindung von Deutschland in die europäische Energieversorgungsinfrastruktur dürfte daher auch in der Bundesrepublik CO₂-neutraler Wasserstoff genutzt werden.

→ Die Wasserstoffstrategie zum Download: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.html>

Finanzielle Anreize für die Installation von Photovoltaikanlagen

Klares Signal für Erneuerbare Energien

„Die Abschaffung des 52-Gigawatt-Photovoltaikdeckels durch den Bundestag ist ein starkes Signal für mehr Klimaschutz durch die Nutzung und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ein weiterer Zubau von Photovoltaikanlagen wäre zwar in jedem Fall noch möglich gewesen, nach unserer Entscheidung wird aber auch weiterhin jede neu gebaute Anlage über das EEG gefördert. Vor allem für die Häuslebauer in Deutschland setzen wir damit einen attraktiven Anreiz für die Installation von Photovoltaikanlagen. Mit



derartigen Anreizen wird die Energiewende gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen“, erklärt die Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anja Weisgerber.

„Mit der Einführung einer neuen Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch für die Windenergie an Land wird den Ländern ermöglicht, einen Mindest-

abstand von bis zu 1.000 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohngebäuden in ihre Landesgesetze aufzunehmen. Auf diese Weise können die Länder individuell über die Abstandsregeln entscheiden. Auch damit setzen wir ein klares Signal für flexible Lösungen vor Ort und mehr Akzeptanz der Windkraft durch die Bürger.

Trotz der Corona-Pandemie halten wir an unseren Klimazielen fest – ohne Wenn und Aber. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist ein zentrales Element zur Erreichung dieser Ziele. Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch 65 Prozent betragen. Um den Ausbau zu überwachen und das Ausbauziel zu erreichen, werden wir zudem in der neu eingerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe einen Koordinierungsmechanismus entwickeln.“

→ Im Video „#unter1Minute“ erklärt Anja Weisgerber, was es mit der Abschaffung des Solardeckels auf sich hat: <https://youtu.be/INaxgd0D0k>

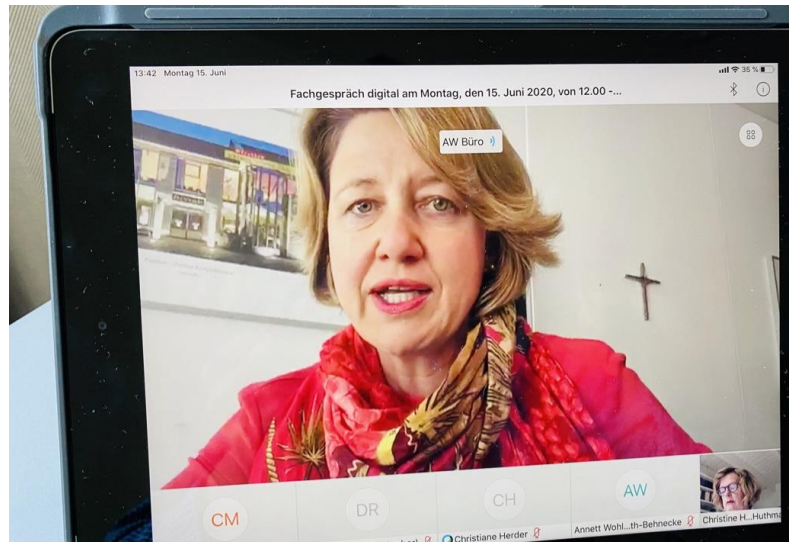


Digitales Fachgespräch über die Folgen von Corona

Corona verändert die Politik für Frauen

Corona hat unseren Alltag grundlegend verändert – vor allem für Frauen bedeutete die Krise eine Mehrfachbelastung. Was hat die Pandemie bei der digitalen Bildung oder beim mobilen Arbeiten verändert? Ein Fachgespräch der Unionsfraktion widmete sich diesem wichtigen Thema. Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Yvonne Magwas, betonte, wie nachhaltig und stark Corona den Alltag in den letzten Monaten verändert hat. Sie fragte: „Gibt es Fortschritte in Richtung Gleichberechtigung?“

„Es sind die Frauen und insbesondere die Mütter, die den Laden am Laufen halten“, erklärte Anja Weisgerber, Erste stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der Frauen, im Fachgespräch. Wichtig sei, die „Erzieherrolle“ mit dem Beruf vereinbaren zu können – nicht nur für Frauen, auch für Männer.



Der Vorsitzende der Unionsfraktion Ralph Brinkhaus erklärte, dass die Belastungen durch die Corona-Krise im Wesentlichen von Frauen getragen werden. Die Krise habe einige Punkte in den Fokus gebracht, die zuvor nicht sichtbar waren: „Im medizinischen Bereich müssen wir darüber nachdenken, ob wir richtig mit der Pandemie umgegangen sind, es gibt neue Schwerpunkte im wirtschaftlichen, aber auch im gesellschaftspolitischen Bereich.“

Elisabeth Winkelmeier-Becker, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, sprach auch über die „Pay Gap“, also die Lücke zwischen den Gehältern von Männern und Frauen – letztgenannte arbeiten deutlich weniger in tariflich geregelten Berufen. Auch der Druck, im Home-Office besonders flexibel zu sein, habe zu starken Belastungen geführt.

Prof. Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, stellte eine neue Studie mit dem Titel „Corona trifft Frauen doppelt“ vor. Diese ergab: Wenn Eltern in Zeiten geschlossener Kitas und Schulen einspringen müssen, tragen Mütter die Hauptlast. Der Auswertung zufolge haben in Haushalten mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren 27 Prozent der Frauen, aber nur 16 Prozent der Männer ihre Arbeitszeit reduziert, um die Kinderbetreuung zu gewährleisten. Prof. Kohlrausch befürchtet nun eine „Re-Traditionalisierung“ der Geschlechterrollen.



Gemeinsam hat Region schon einiges erreicht, muss aber weiterkämpfen

Weisgerber lehnt Stromleitung P43 weiter ab

In der letzten Woche präsentierte der Netzbetreiber TenneT in Schweinfurt erste Überlegungen zur geplanten neuen Stromtrasse P43, die von Mecklar bei Fulda über Dippertz nach Bergrheinfeld verlaufen soll. Die Planungen von TenneT lehnt die Schweinfurter Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber (CSU) wie bislang in den von ihr initiierten gemeinsamen Resolution aus Kommunalpolitikern und Verbänden aus der Region ab und will gemeinsam mit der Region weiterkämpfen. „Die erzielten Zwischenerfolge in Bezug auf die andere geplante Wechselstromtrasse P44 zeigen, dass es sich lohnt, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Denn die Energieminister haben sich 2019 darauf geeinigt, dass die Leitung P44 entfallen soll. Die Einigung der Energieminister, die der Bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger für Bayern ausverhandelt hat, bleibt – vor allem bezüglich der P43 – hinter den ursprünglichen Zusagen von 2015 zurück. Deshalb muss und wird die Region weiterkämpfen.“ Anja Weisgerber wird auch in Zukunft die Interessen der Region bündeln, denn der Netzknotenpunkt Bergrheinfeld/Grafenrheinfeld muss – wie versprochen – entlastet werden.



Bereits 2014, als erste Pläne für den Netzausbau in der Region bekannt wurden, hat Weisgerber einen Runden Tisch ins Leben gerufen, an dem die betroffenen Bürgermeister, Verbände und Bürgerinitiativen sowie der Landrat des Landkreises Schweinfurt beteiligt sind. Auf Vermittlung der Bundestagsabgeordneten fanden – auch in den letzten beiden Jahren – mehrere Gespräche im Wirtschaftsministerium statt, bei denen der Landkreis ebenfalls eingebunden war. Ziel dabei war und ist, der Bundesregierung mit der Initiative die Interessen aus der Region gebündelt vorzubringen.

„Gemeinsam und über Parteigrenzen hinweg haben wir den Bedarf der geplanten Netzausbauprojekte in Frage gestellt und intensiv für eine Entlastung des Netzknoten Bergrheinfeld/Grafenrheinfeld gekämpft“, betont die Bundestagsabgeordnete. Deshalb ist es Anja Weisgerber ein Anliegen, das bislang Erreichte nochmals aufzuzeigen, da dies bei einigen Beteiligten scheinbar in Vergessenheit geraten ist, was die Bundestagsabgeordnete mit einer gewissen Verwunderung und auch Enttäuschung zur Kenntnis nimmt.



Ursprünglich drohte, dass das Gleichstromprojekt SuedLink als Freileitung mit sehr großen Strommasten quer durch den Landkreis Schweinfurt gebaut wird und, dass von Bergheinfeld noch ein Strang abgeht, der durch den südlichen Landkreis führen sollte. 2015 wurde dann beschlossen, dass SuedLink komplett als Erdkabel geplant wird. Auch der Strang durch den südlichen Landkreis Schweinfurt sowie Kitzingen wird jetzt nicht kommen. „Auch wenn das Projekt SuedLink nicht komplett weggefallen ist, so war damit klar, dass die ursprünglichen drohenden riesigen Freileitungen nicht kommen. Das war und ist ein wichtiger Erfolg für die gesamte Region, für die Kommunalpolitiker und Bürgerinitiativen. Die Erdverkabelung hat in anderen Landkreisen Unterfrankens und Bayerns zu einer Befriedung beigetragen“, betont Weisgerber.

Auch die geplante Wechselstromleitung P44 von Thüringen über den Raum Coburg bis Grafenrheinfeld schwebte jahrelang wie ein Damoklesschwert über dem Landkreis Schweinfurt. Lange Zeit kämpften Gemeinden, Landkreise, Bürgerinitiativen und Abgeordnete gegen diese Maßnahme. Eine Verhinderung der Trasse wurde von vielen Seiten als unmögliches Unterfangen dargestellt. Doch gemeinsam hatte man Erfolg und die Energieminister haben sich 2019 darauf geeinigt, dass die Leitung P44 entfallen soll. Jetzt wird regelmäßig vorgebracht, dass das Projekt P44 noch im Netzentwicklungsplan steht. Diejenigen, die sich intensiv mit dem Thema beschäftigen, müssen aber wissen, dass die Entscheidung darüber, ob eine Trasse gebaut wird oder nicht, nicht im Netzentwicklungsplan getroffen wird, sondern im Bundesbedarfsplangesetz, das vom Bundeswirtschaftsministerium vorgelegt wird. Die Energieminister haben öffentlich Zusage gemacht, dass das Bundesbedarfsplangesetz in den kommenden Monaten so vorgelegt wird, mit dem Wegfall von P44 – entsprechend ihrer Ankündigungen. Das muss und wird von den Energieministern so vollzogen – wie angekündigt. Auch darauf wird Anja Weisgerber mit Nachdruck bestehen.

„Dass manche Seiten es nun so darstellen, als hätte sich seit 2014 nichts geändert, ist schlicht nicht richtig und entspricht nicht den Fakten. Wir haben schon einiges erreicht. Einig sind wir uns aber, dass uns das nicht genug ist“, erklärt die Bundestagsabgeordnete. „Wir kämpfen weiter gegen das Projekt P43 von Hessen nach Bayern. Die Zwischenerfolge der vergangenen Jahre bestärken uns, in unserem gemeinsamen Einsatz für eine Entlastung der Region beim Stromnetzausbau nicht nachzulassen.“

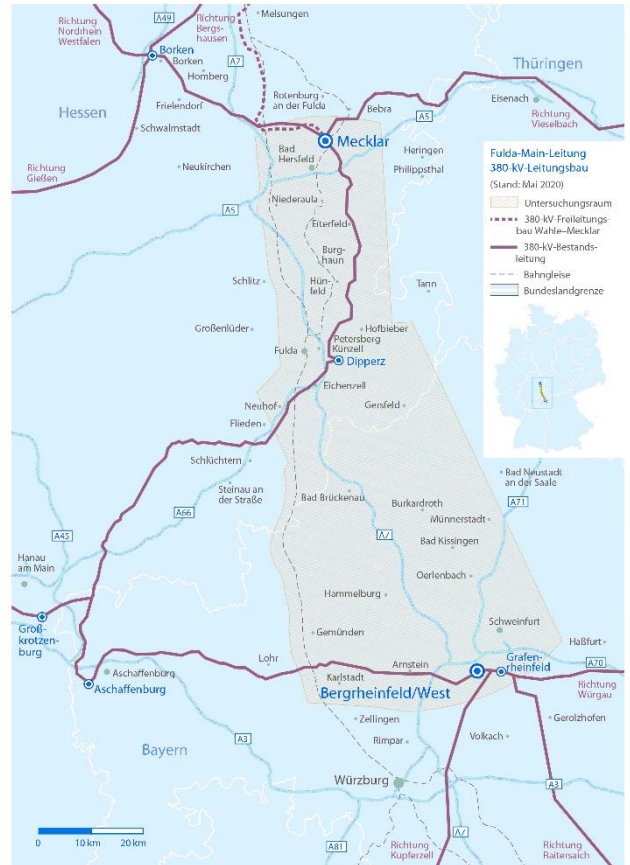
Im vergangenen Jahr verhandelte Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger mit seinen Ministerkollegen vom Bund und aus Hessen sowie Thüringen, dass P43 mit Endpunkt in Bergheinfeld gebaut werden soll. Wenn die Trasse dementsprechend so vorgeschlagen wird, liegt die Verantwortung damit auch beim Chefverhandler aus Bayern. Dieser Ausgang der Verhandlungen entspricht auch nicht der Einigung von 2015. Dort wurde die Bundesnetzagentur aufgefordert, Alternativen zu entwickeln, damit die beiden als Neubau geplanten Wechselstromleitungen P43 und P44 entfallen.



Der Bundestag war an der wichtigen Vorentscheidung durch die Energieminister aus dem vergangenen Jahr nicht beteiligt. Anja Weisgerber lehnt diese Entscheidung nach wie vor ab und hat ihren Unmut gegen die Leitung auch nochmals in einem aktuellen Brief an das Bundeswirtschaftsministerium zum Ausdruck gebracht. Auch der örtliche Landtagsabgeordnete Gerhard Eck hat in Absprache mit Anja Weisgerber in der Sache beim Bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger interveniert. Zudem stellte Weisgerber den Mitgliedern ihres Runden Tisches ein Musterschreiben zur Verfügung, das als Basis für eigene Briefe an die Minister verwendet werden kann.

Staatsminister Aiwanger, Chefunterhändler Bayerns in Sachen Netzausbau, verkündete im Juni vergangenen Jahres in einer Pressemitteilung, dass die Leitung P43 kommt, aber erdverkabelt wird. „Wir stellen auch weiterhin den Bedarf der Wechselstromtrasse P43 in Frage. Staatsminister Aiwanger hat dem Bau der P43 in den Verhandlungen der Energieminister nicht verhindert und vollmundig eine Erdverkabelung der Leitung versprochen. Wenn es am Ende so kommt, dass P43 von Aiwanger nicht verhindert wird, dann muss der Minister auf Ebene der Energieminister seinen Worten auch Taten folgen lassen. Wir werden dies als Abgeordnete auch mit Nachdruck einfordern“, fordert Anja Weisgerber.

„Als Abgeordnete aus Schweinfurt stehe ich an der Seite der Region, bündle die Interessen vor Ort und trage diese in Berlin und München vor“, betont Weisgerber. Verwundert zeigt sie sich darüber, dass sie am Ende als Schuldige erhalten soll und die bislang erzielten Erfolge von Seiten der Landkreispolitik in der zusammenfassenden Bewertung nicht einmal zur Kenntnis genommen werden und behauptet wird, dass von den damals geäußerten Hoffnungen leider nichts übrig geblieben ist. Die Tatsache, dass SuedLink erdverkabelt wird und dass es die klare Aussage zum Wegfall von P44 gibt, wird einfach verschwiegen. „Ich komme aus dem Sport und daher weiß ich, dass man den größten Erfolg hat, wenn man sich als Mannschaft aus einer Region auch gemeinsam an die eigentlichen Verantwortlichen wendet. Nur dann erreicht man am Ende das, was man sich vornimmt. Wir müssen zusammen weiterkämpfen. Dazu stehe ich weiterhin bereit. Deshalb würde ich mich freuen, wenn die Teilnehmer des Runden Tisches, die Kommunalpolitiker aus der Region und die Verbände vor Ort sich der gemeinsamen Initiative anschließen und – neben ihren bereits eingereichten Einwendungen im Verfahren – sich wie Weisgerber und Eck nochmals an Bundeswirtschaftsminister Altmaier und Staatsminister Aiwanger wenden und ihnen die berechtigten Einwände schildern. Denn nur gemeinsam sind wir stark“, so Weisgerber abschließend.





Danke an Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst

Mehr Respekt für Einsatzkräfte

Eine Delegation der Jungen Union (JU) Schweinfurt-Stadt und Schweinfurt-Land sowie die Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber besuchten Einrichtungen von Polizei, Feuerwehr und



Rettungsdiensten, um ihre Solidarität mit den Mitarbeitern der Organisationen zu zeigen. Stellvertretend der Integrierten Leitstelle in Schweinfurt (ILS), der Polizeidienststelle in Gerolzhofen sowie der Feuerwehr in Schweinfurt ein kurzer Besuch abgestattet.

Immer wieder wird über die zunehmende Anzahl von An- und Übergriffen auf Polizei, Rettungs- und Hilfsdienste berichtet. Diese sind nicht zu tolerieren. Gewaltexzesse wie in Stuttgart gegen die Polizei sind nicht

zu entschuldigen, sondern müssen lückenlos aufgeklärt und gegebenenfalls durch die Justiz verfolgt werden.

„Wir setzen uns in Bund und Land dafür ein, dass wir die schützen, die uns schützen. Solche Zustände sind eines Rechtsstaates unwürdig. Hier ist jeder Bürger gefragt, sich klar dagegen zu positionieren“, so Dr. Anja Weisgerber.

Kreisrat Thomas Siepak (JU Schweinfurt-Land) meint dazu: „Täglich hält das Personal von Polizei, Rettungs- und Hilfsdiensten bei ihren Einsätzen den Kopf für unser Wohlergehen hin. Es kann nicht sein, das gewaltbereite Chaoten für ihr asoziales Verhalten auch noch Zustimmung von gewissen politischen Strömungen erhalten.“ Pascal Schwing (JU Schweinfurt-Stadt) fordert: „Übergriffe wie in Stuttgart müssen aufgeklärt werden. Sollte es rechtliche Lücken geben, welche eine gründliche Aufarbeitung dieser Vorgänge verhindern, muss da dringend nachjustiert werden.“

Aktion der CSU: Respekt jetzt!

Die Polizei ist unser Freund und Helfer! Unsere Polizistinnen und Polizisten halten für uns den Kopf hin. Sie schützen uns und unsere Freiheit. Dafür gebührt ihnen Dank, Respekt und Anerkennung. Wir wollen unsere Polizisten schützen!

Machen Sie mit unter www.respekt-jetzt.de und stellen auch Sie sich jetzt an die Seite unserer Polizisten.





Klimaschutzpreis

Klimadachs für Dr. Anja Weisgerber

Herausragendes Engagement in der Energiepolitik: Die besonderen Verdienste von Dr. Anja Weisgerber zum Klimaschutz und um die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) würdigte SenerTec mit der Verleihung des „Klimadachs 2019“. Die Auszeichnung überreichte Dr. Josef Wrobel, Geschäftsführer der SenerTec GmbH, an die CSU-Bundestagsabgeordnete im Werk Schweinfurt.

Der Klimadachs ist eine Auszeichnung, die an Persönlichkeiten aus der Politik verliehen wird, die sich mit besonderem Engagement für den Klimaschutz einsetzen. Dr. Josef Wrobel erklärte



bei der Verleihung, dass Mini-Blockheizkraftwerke und Brennstoffzellen wichtige Bausteine der Energiewende sind. „Der Dachs von SenerTec erzeugt auch dann Strom und Wärme, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.“ Das ist auch Anja Weisgerber bewusst, die deshalb im Jahr 2019 maßgeblich daran beteiligt war, dass Mini-Blockheizkraftwerke und

Brennstoffzellen weiterhin staatlich gefördert werden. „Die steuerliche Förderung der KWK in Bezug auf energetische Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebereich ist Ihrem unerschütterlichen Einsatz zu verdanken“, machte Hagen Fuhl, Leiter Public Affairs bei SenerTec, deutlich. Als umwelt- und klimapolitische Sprecherin der CSU stelle sie im Bundestag immer wieder die Bedeutung der Kraft-Wärme-Kopplung heraus. Sehr wertvoll war ihre Mitarbeit am Kohleausstiegsgesetz und dem Impulsprogramms von Mini-KWK-Anlagen.

Anerkennung findet aktuell ihr Einsatz um die „grüne Erzeugung“ von Wasserstoff, der als Energieträger der Zukunft angesehen wird. So waren dann auch die Wasserstoff-Projekte und die ersten mit Wasserstoff betriebenen Blockheizkraftwerke von SenerTec ein Top-Thema in der Runde.

Dr. Wrobel stellte die Produktpalette von SenerTec vor. Von der Brennstoffzelle für das Eigenheim bis hin zum Blockheizkraftwerk (Dachs) für Hotels, Mehrfamilienhäuser und große Gewerbebetriebe. Das umfangreiche Wissen von Anja Weisgerber wurde deutlich, als über CO₂-Bepreisung, Emissionshandel, EEG-Umlage, Gebäudeenergiegesetz und über die Bürokratie im Umfeld der Energiegewinnung bzw. KWK diskutiert und beraten wurde.



CO₂-Einsparung und Technologien der Zukunft standen im Mittelpunkt

Weisgerber besucht Schaeffler Schweinfurt

Bei einem Besuch des Standorts Schweinfurt der Schaeffler Gruppe konnte sich die Schweinfurter Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber (CSU) ein Bild von der Produktion im Bereich Aerospace sowie von der neuen Ausbildungswerkstatt machen. Weisgerber ist im Bundestag unter anderem Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Fraktion und konnte sich im Schweinfurter Aerospace-Werk, gerade mit Blick auf Emissionsverbesserungen im Luftverkehr, detailliert auf den aktuellen Stand bringen.



„Als ein Innovationstreiber der Luftfahrt, sind wir bei Schaeffler Aerospace besonders stolz, dass wir unsere Produkte vorstellen konnten, die im Bereich der Triebwerkstechnik die CO₂-Reduktion im Luftverkehr ermöglichen“, sagte Armin Necker, Geschäftsführer Schaeffler Aerospace Germany. Campusleiter Petru-Cătălin Scafaru präsentierte ebenfalls zukunftsweisende Produkte aus den Bereichen Automotive und Industrie, die aus Schweinfurt auf den Markt kommen, unter anderem im Bereich E-Mobilität.

Anja Weisgerber machte sich ein detailliertes Bild über die Rolle von Hochleistungs-Lagern, die in Flugtriebwerken namhafter Hersteller verbaut werden. Diese Wälzlagersysteme spielen eine große Rolle bei der Effizienz eines Triebwerks und damit der Reduzierung des Treibstoffverbrauchs. Damit ermöglichen sie es den Herstellern, die Einsparpotenziale im Bereich der umweltschädigenden CO₂-Emissionen zu heben.



Über aktuelle Anwendungen hinaus, ließ sich Weisgerber auch über aktuelle und zukünftige Trends der Luftfahrt informieren. „Auch unser Know-how in den Bereichen des elektrischen und klimaneutralen Fliegens konnten wir anhand konkreter Projekte darstellen“, sagte Necker.

Anja Weisgerber bedankte sich für den spannenden Einblick in die Arbeit von



Schaeffler Aerospace: „Ich bin stolz, dass wir in Schweinfurt ein solch innovatives Unternehmen haben, das nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze stellt, sondern das auch auf die Technologien der Zukunft baut.“

Beim abschließenden Besuch des neuen Ausbildungszentrums von Schaeffler mit Ausbildungsleiter Uwe Geisel machte Weisgerber sich ein Bild über die Berufsausbildung am Standort Schweinfurt. „Hier werden neue Maßstäbe für die Ausbildung gesetzt“, zeigte sich die Bundestagsabgeordnete beeindruckt. Das Ausbildungszentrum verfügt zum einen über alle

Maschinen, die im Bereich der Ausbildung vonnöten sind, andererseits geht man hier auch neue Wege. So gibt es etwa keine Computerräume, der Betrieb läuft komplett über mobile Endgeräte wie etwa Tablet-Computer und Laptops.



Als gebürtige Schweinfurterin zeigte sich Weisgerber auch an der engen Zusammenarbeit von Schaeffler

mit der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt (FHWS) interessiert. Die Dualen Studiengänge Maschinenbau, Mechatronik und in diesem Jahr auch erstmals Robotik sind Beispiele für die Kooperation.

Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344

Fax: 030 227-76343

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen auf den sozialen Medien.

